

links i.E.

DIE STIMME DER SP LANGNAU UND DER GEWERKSCHAFTEN

1/2012

ABSTIMMUNG VOM 11. MÄRZ 2012

Zweitwohnungsinitiative

Ein Zeichen setzen

«Immer mehr kalte Betten, das ist die grösste Fehlentwicklung im Schweizer Tourismus.» Der diese Meinung kürzlich in einem Interview mit einer grösseren Tageszeitung äusserte, war Hansruedi Müller, Professor und Direktor des Forschungszentrums Tourismus an der Universität Bern. Kalte Betten sind eines seiner Forschungsgebiete, daher weiss er, dass sich ihre Zahl im Verlaufe der letzten 20 Jahre von damals 700 000 auf 1,4 Millionen verdoppelt hat, und zwar vor allem in den Touristenorten der Alpen, aber nicht nur.

Eine fatale Entwicklung

Das wertvollste Gut für den Tourismus ist die Landschaft mit ihrer natürlichen Schönheit. Das Niederhornpanorama an einem strahlenden Föhnstag im Spätsommer, eine Wanderung entlang des klaren, quellfrisch sprudelnden und nicht durch Restwassermengenbestimmungen belasteten Suldbachs, das Erlebnis des Bergfrühlings, eine Dampfschiffahrt auf einem unserer Seen, das sind Erfahrungen, welche uns beglücken, Bäder für unsere Sinneswelt. Heile Welt? Nischen, letzte Paradiese? Nein, das nicht, denn die Beispiele liessen sich zahllos ergänzen. Noch atmet unsere Alpenwelt und offenbart Schätze von unvergleichlicher idyllischer Schönheit. Schon viel aber wurde zerstört, und der Mensch setzt dieses Werk im Konkurrenzkampf um das immer Mehr und um den hintersten Touristen fort. Alpweiden werden erbarmungslos planiert. Die wüsten Narben nimmt der arglose Skifahrer während seinen Abfahrten nicht wahr. Gigantische Pläne liegen vor zur Fusion bestehender Skiarenen. Für den Sommertourismus werden stets neue Mountainbike- oder Downhillstrecken erschlossen, Rodelbahnen, Seilpärke und Klettersteige entstehen, und wer mit der Zahnradbahn ab Sedrun Richtung Oberalppass fährt, den erfreut talseitig bei Tschamut im engen obersten Teil des Vorderrheintals der Anblick eines naturnahen Golfplatzes.

Der Zweitwohnungsbau

Parallel dazu läuft die Verbauung, in Laax zum Beispiel darf man ruhig von Verschandelung sprechen, von Dörfern mit immer neuen Zweitwohnungsanlagen. «Resort» heisst das neue Modewort. Der Ägypter Samih Sawiris investiert 1,6 Milliarden Franken ins Luxusresort «Andermatt Swiss Alps». Ein ähnliches, nicht ganz so grosses Projekt ist im 850 Einwohner zählenden Mollens in der Nähe von Crans-Montana mit russischen Investoren in Entwicklung. Jährlich entstehen durchschnittlich rund 8000 neue Zweitwohnungen. Viele davon stehen meistens leer, daher der Begriff «kalte Betten». Der

Trend setzt sich fort. Dem will die Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» einen Riegel schieben.

Die 20%-Initiative

Höchstens 20% soll der Anteil an Zweitwohnungen in einer Ortschaft betragen, falls der Initiative zugestimmt wird. Damit könnten in Gemeinden, wo dieser Prozentsatz heute schon überschritten wird, keine neuen Zweitwohnungen mehr gebaut werden.

Ferienwohnungen zählen nicht dazu, sie dürfen wie Hotels und natürlich Erstwohnungen weiterhin erstellt werden.

Was will die Initiative damit erreichen? In erster Linie werden damit alle Bemühungen um den Erhalt einer intakten Landschaft unterstützt. Zweitens geht es um die Immobilienpreise, denn diese sind in Tourismusgebieten oft so hoch wie in den Städten. Das führt zu Mietpreisen, welche sich die Einheimischen kaum mehr leisten können. Das ist paradox und unhaltbar: Einerseits zahlreiche Zweitwohnungen begüterter Besitzer, welche meistens leer stehen. Andererseits vermietbare Wohnungen, die den Einheimischen nichts nützen.

Pro und contra

Der eingangs zitierte Hansruedi Müller beurteilt die Situation ähnlich wie die Initianten um den Umweltschützer Franz Weber. Die Frage, ob er die Initiative unterstützt, beantwortet er jedoch mit nein, er findet sie zu «radikal». Der Bundesrat beurteilt sie als «viel zu starr», sie «geht zu weit» und sie «untergrabe den Föderalismus». Das sind die Dauerbrennerargumente, welche immer dann aus dem Hut gezaubert werden, wenn berechnete Anliegen der Interessenpolitik geopfert werden sollen. Zu den Befürwortern zählen die Umweltschutzverbände und von den politischen Parteien die Grünen, die EVP und die SP. Sie sind der Meinung, Bund, Kantone und vor allem die Gemeinden hätten die Gelegenheit zum Handeln bis jetzt verpasst, es müsse jetzt endlich ein zukunftsweisendes Zeichen gesetzt werden. Darum stimmen wir der Initiative zu.

Martin Jäggi

Herzlichen Dank für all die Spenden, die auf unser Postcheckkonto 30-27704-1 eingegangen sind. Sie ermutigen uns, auch weiterhin für ein klares, soziales Langnau einzustehen.

Ihre Links-Macher

SP

SP



Bausparinitiative

Steuersparinstrument für die Reichen

Am 11. März haben die Stimmberechtigten über das erste von zwei ähnlichen Anliegen aus Kreisen von Hauseigentümernverbänden zu befinden. Mit einem neuen Bausparabzug soll der Erwerb von Grundeigentum steuerlich begünstigt werden.

Das macht stutzig: Avenir Suisse, die Denkfabrik der Wirtschaft, lehnt die Bausparinitiativen ab, welche am 11. März und im Juni zur Abstimmung gelangen. Mit der ersten nun zur Diskussion stehenden Initiative soll ein Bausparabzug von 15'000 Franken und ein Energiesparabzug von 5'000 Franken eingeführt werden. Die Abzüge sollen während 10 Jahren geltend gemacht werden können. Wenn zu diesem Zeitpunkt kein Eigenheim erworben wird, müsste der ganze Betrag nachträglich versteuert werden – allerdings nicht bei der progressiv ausgestalteten direkten Bundessteuer. Avenir Suisse streicht hervor, dass der neue Abzug vor allem Reichen nützen würde. Mit Blick auf die Erfahrungen aus dem Kanton Baselland, wo es eine solche Abzugsmöglichkeit gibt, hält Avenir Suisse fest, dass der Wirkungsgrad des Abzuges sehr tief sei. Die potentiellen Bausparer seien ohnehin so gut situiert, dass sie sich auch ohne die zusätzliche Steuerersparnis ein Eigenheim leisten können. Also geht es nur darum, die Bessergestellten mehrfach zu entlasten. Dies dürfte auch der Grund sein, weshalb die bürgerlichen Parteien die Initiative zur Annahme empfehlen.

Kantonsregierungen gegen Initiative

Während der Nationalrat für die Initiative eintrat, fanden im Ständerat weder die Initiative noch der Gegenvorschlag eine Mehrheit. Der Ständerat

wehrte sich auch gegen eine positive Abstimmungsempfehlung für die Initiative. Die Kantone fürchten die Steuerausfälle und die administrativen Verkomplizierungen. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seiner Vernehmlassung an den Bundesrat Klartext gesprochen. Das Bausparmodell missachte verfassungsmässige Prinzipien, indem es gegen das Gebot der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verstosse. Es missachte zudem das Gleichbehandlungsgebot, weil Personen mit tieferem Einkommen sowie Mieterinnen und Mieter davon nicht profitieren könnten. Ferner werde das Steuerrecht verkompliziert und für Personen mit hohem Einkommen führe das Bausparmodell zu ungerechtfertigten Steuergeschenken. Die Berner Regierung rechnet bei der Initiative mit jährlichen Steuermindereinnahmen von 18 Millionen Franken (Kanton: 12 Mio. Franken; Gemeinden: 6 Mio. Franken), wie sie in einer Antwort auf eine Interpellation aus dem Grosse Rat schreibt. Sie verweist zudem auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Von dieser wird die Initiative auch wegen ungelöster Vollzugsprobleme abgelehnt. Die Kantone hätten nämlich Regelungen im Steuerrecht zu treffen, wenn die Person mit einem Sparguthaben in einen anderen Kanton zieht, bei Härtefällen oder bezüglich der Nachbesteuerung.

Für die SPS und die SP des Kantons Bern ist klar, dass dieses neue Steuersparinstrument für die Reichen abgelehnt werden muss.

Bernhard Antener

Regionalkonferenz Emmental

Vernetzt nach innen – gestärkt nach aussen

Am 11. März befinden die Stimmberechtigten der 42 Gemeinden des Verwaltungskreises Emmental über die Einführung einer Regionalkonferenz. Die Vorlage benötigt zur Annahme das Mehr der Stimmenden und der Gemeinden.

Im Nachgang zur Strukturreform im Kanton Bern (Ersatz der 26 Amtsbezirke durch 10 Verwaltungskreise bzw. 4 Verwaltungsregionen) hat der Grosse Rat im Jahre 2007 die gesetzlichen Grundlagen für die Bildung von sechs Regionalkonferenzen (Verfassungsartikel und Teilrevision Gemeindegesetz) im Kanton Bern geschaffen. Die kantonalen Vorgaben sehen vor, dass sämtliche Gemeinden einer Regionalkonferenz angehören und es keine «weissen Flecken» gibt. Hintergrund für diese neue Struktur bildet die Tatsache, dass Wirtschaft und Gesellschaft immer mobiler werden und die regionale Zusammenarbeit unter den Gemeinden in verschiedenen Aufgabenbereichen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Zum Perimeter einer künftigen Regionalkonferenz Emmental zählen die 42 Gemeinden des Verwaltungskreises. Diese waren seit langer Zeit in kleinräumigeren Planungsverbänden und Bergregionen organisiert. Auf den 1. Januar

2008 traten alle Emmentaler Gemeinden in den Verein Region Emmental über, welcher in Kenntnis der neuen gesetzlichen Grundlagen bereits nach dem Vorbild der künftigen Regionalkonferenz organisiert worden ist. Den Vorstand bilden acht Gemeindepräsidentinnen und –präsidenten zusammen mit Grossrat Samuel Leuenberger, welcher den Verein präsidiert. Die Region Emmental ist in drei Wahlkreise eingeteilt, so dass jedem Gebiet eine angemessene Vertretung im Vorstand garantiert ist. Daran ändert sich in der Regionalkonferenz nichts. In der Mitgliederversammlung entspricht die Stimmkraft der einzelnen Gemeinden (abhängig von der Bevölkerungszahl) bereits dem Modell der Regionalkonferenz. Die Stimmkraft der beiden grossen Gemeinden Burgdorf und Langnau korrespondiert allerdings nicht mit deren Bevölkerungszahlen. Zum Ausgleich ist diesen beiden Zentrumsgemeinden je ein Sitz im Vorstand (neu Geschäftsleitung) garantiert.

Kulturförderung als einzige neue Aufgabe

Die Regionalkonferenz kennt obligatorische Aufgaben, welche von allen Gemeinden erfüllt werden müssen. Es sind dies:

Eidgenössische Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»

Mehr Ferien – das haben wir uns verdient

Niemand arbeitet soviel wie wir Schweizerinnen und Schweizer. Seit 25 Jahren beträgt der gesetzliche Ferienanspruch vier Wochen. Das ist heute ungenügend. Wegen dem hohen Wettbewerbsdruck, der rasenden technischen Entwicklung und der fortschreitenden Globalisierung wurde die Wirtschaft immer schneller und härter. Viele Arbeitnehmende macht die steigende Arbeitsbelastung krank. Das Familienleben und die Freizeit kommen unter die Räder.

Am 11. März stimmen wir über die Gewerkschaftsinitiative «6 Wochen Ferien für alle» ab. Heute haben wir laut Gesetz Anspruch auf mindestens 4 Wochen Ferien. Dank guten Gesamtarbeitsverträgen haben viele Arbeit-

gleichem Mass. Mit der Initiative «6 Wochen Ferien für alle» bekommen wir etwas davon zurück.

- Nirgends in Europa ist der gesetzliche Anspruch auf Ferien so tief wie in der Schweiz. Mit der Initiative «6 Wochen Ferien für alle» erreichen wir, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz gleich lange erholen können wie im übrigen Europa.
- Stress, Druck und Hektik machen krank. Mit mehr Ferien erholen wir uns besser. Mit der Initiative «6 Wochen Ferien für alle» leisten wir einen Beitrag zur Gesundheit der Arbeitnehmenden.

Mehr Ferien ermöglichen eine vollständige Erholung, verbessern die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie. Sie tragen den Veränderungen der Arbeitswelt Rechnung. Zudem sind mehr Ferien eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmenden am wirtschaftlichen Fortschritt der letzten zwanzig Jahre. Fünf Franken pro Tag und Arbeitnehmende sind für die Schweizer Wirtschaft tragbar, deshalb sagen wir Ja am 11. März 2012.

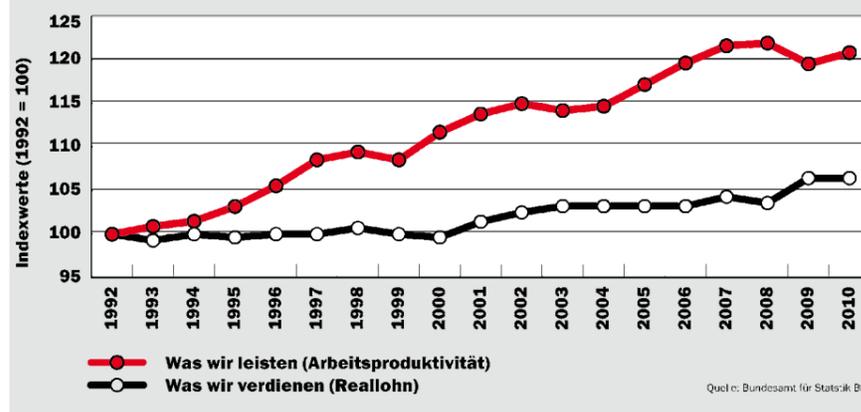
Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia
Oberaargau-Emmental



nehmende heute 5 Wochen Ferien. Mit der Gewerkschaftsinitiative erhöhen wir den Ferienanspruch nun schrittweise auf 6 Wochen. Von der Initiative profitieren also alle! Die Gewerkschaften sagen JA zur Ferieninitiative:

- Wir leisten immer mehr. Davon profitieren aber vor allem die Aktionäre und die Manager, unsere Löhne erhöhen sich nicht in

Immer mehr leisten, ohne mehr zu verdienen



- Raumplanung: Erarbeitung regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept. Beschluss über regionale Richtpläne
 - Verkehrsplanung: Erarbeitung des Angebotskonzepts für den öffentlichen Verkehr. Behandlung von Fragen des Gesamtverkehrs
 - Neue Regionalpolitik: Erarbeitung des regionalen Förderprogramms. Unterstützung innovativer Projekte (z.B. Erweiterungsbau bei der Ilfishalle)
 - Energieberatung: Betrieb einer öffentlichen Beratungsstelle für Energiefragen
 - Kulturförderung (neu): Beschluss über Beiträge an kulturelle Institutionen von regionaler Bedeutung
- Daneben gibt es freiwillige Aufgaben, welche nur diejenigen Gemeinden wahrnehmen müssen, welche dieser Aufgabenerfüllung in ihrer Gemeinde zugestimmt haben. Dazu zählen insbesondere Aufgaben im Tourismus und Marketing sowie die regionale Wirtschaftsförderung (Leistungsvertrag mit dem beco). Dies soll in Zukunft so bleiben. Eine Aufgabenausweitung ist für die nächsten Jahre nicht geplant, so dass auch die Kosten für die Gemeinden künftig nicht ansteigen sollten (heute Fr. 7.50 pro EinwohnerIn). Eine Ausnahme gibt es: Zu den obligatorischen Aufgaben zählt künftig auch die regionale Kulturförderung. Im Rahmen der Kultur-

konferenz werden kulturelle Institutionen in Burgdorf und Langnau regional unterstützt. In Langnau sind dies die Regionalbibliothek sowie das Regionalmuseum «Chüechlihus». Langnau erhält somit von den umliegenden Gemeinden an diese Ausgaben neben den Kantonssubventionen auch einen «Regionalbeitrag». In diesem Umfang werden sich die Kosten für die Standortgemeinde reduzieren.

Mehr Demokratie mit der Regionalkonferenz

Der grösste Unterschied zwischen dem heutigen (privaten) Verein Region Emmental und der künftigen (öffentlich-rechtlichen) Regionalkonferenz Emmental besteht bei der Verbindlichkeit der Beschlüsse und den demokratischen Mitsprachemöglichkeiten. In der Regionalversammlung haben die Gemeindepräsidentinnen und –präsidenten ein gebundenes Mandat. Sie haben so abzustimmen, wie die örtliche Exekutive vorher bestimmt hat. Zudem gibt es für die Gemeinden und die Stimmberechtigten ein Initiativrecht sowie Referendumsmöglichkeiten, was zu regionalen Volksabstimmungen führen kann. Sämtliche 15 Grossrätinnen und Grossräte aus dem Emmental sind dem Pro-Komitee zusammen mit weiteren über 100 Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft beigetreten. Die SP-Organen unterstützen die

Gründung der Regionalkonferenz. Sie garantiert mehr regionale Zusammenarbeit in einer verbindlicheren Form.

Bernhard Antener

Abstimmungsparolen für den 11. März

Bund:	NEIN
Bauspar-Initiative	JA
Initiative «6 Wochen Ferien für alle»	JA
Bundesgesetz über die Buchpreisbindung	JA
Initiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen»	JA
Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke	JA
Emmental:	JA
Einführung Regionalkonferenz	JA

Initiative für gesetzlichen Mindestlohn eingereicht

Schutz und Würde für alle Arbeitnehmenden

Die Gewerkschaften haben am 23. Januar die Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne“ eingereicht. Die Initiative, welche einen gesetzlichen Mindestlohn von 4000 Franken fordert, löste während der Unterschriftensammlung in der breiten Bevölkerung ein ausserordentlich positives Echo aus.

Jetzt kann das Schweizer Volk selber Massnahmen zur Förderung von Gesamtarbeits-

(Mindestlohn-Initiative)“ mit über 111'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Das gewerkschaftliche Volksbegehren verlangt eine Förderung von Gesamtarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen. Damit schützt es die Löhne der Normalverdienenden, verhindert Lohndruck und stärkt das GAV-System. Gleichzeitig will es Tieflohne bekämpfen und verlangt deshalb ergänzend für alle Männer und Frauen das Recht auf einen

der Schweiz finanziell einigermaßen über die Runden zu kommen. Zurzeit haben in der Schweiz 400'000 Personen, grossmehrheitlich Frauen, einen tieferen Lohn. Die Mindestlohn-Initiative findet grossen Anklang: Eine repräsentative Befragung des Link-Instituts im letzten Jahr ergab, dass 85 Prozent die Einführung eines Mindestlohns befürworten. Grosse Zustimmung der Stimmberechtigten haben die Initiantinnen und Initianten auch während der Unterschriftensammlung erfahren. Es war sehr einfach, die benötigte Anzahl Unterschriften zu sammeln.

Die Initiative schützt die Arbeitnehmenden vor Lohndumping, sorgt für eine gerechtere Verteilung der Löhne und sichert die Würde aller Arbeitnehmenden.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia
Oberaargau-Emmental

MINDESTLOHN
4000.-

verträgen (GAV) sowie gegen Lohndumping und Tieflohne beschliessen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund mit seinen Verbänden und Partnerorganisationen hat die Volksinitiative „für den Schutz fairer Löhne

anständigen Lohn. Die Initiative verlangt als Untergrenze einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde oder 4000 Franken pro Monat (bei 42 Wochenstunden). So viel braucht es mindestens, um in

EINLADUNG

Fondueabend

Donnerstag, 23. Februar, 19.15 Uhr
Rest. Rössli, Hübli, Langnau

Mit Hans Stöckli

geboren am 12.4.1952
Wohnhaft in Biel, verheiratet, 3 Kinder
Fürsprecher

- 1979 Wahl in den Stadtrat von Biel
- 1981 Wahl zum Stadtratspräsidenten von Biel
- 1984 Wahl zum nebenamtlichen Gemeinderat
- 1990 Wahl zum hauptamtlichen Gemeinderat, Finanzdirektor und Stadtpräsidenten von Biel
- 2010 Rücktritt nach 20 Jahren
- 2002 Wahl in den Grossen Rat des Kantons Bern
- 2004 Wahl in den Nationalrat
- 2011 Wahl in den Ständerat



«Hans im Stöckli»
im Emmental
Erste Erfahrungen

Wie gewohnt richtet sich die Einladung an die SP-Sektionen Langnau, Lauperswi-Rüderswil und Signau. **Weitere Gäste – auch Nicht-Mitglieder – sind herzlich willkommen.** Die Kosten für den Tee übernimmt die SP Langnau. Es wäre schön, wenn der traditionelle Fondueabend einen tollen Grossaufmarsch erleben würde.

Käsefondue pro Person Fr. 23.– oder
Mischsalat, Spinat-Ricotta Tortelloni an Tomatensauce mit Bärlauchpesto Fr. 23.–

Bitte ausfüllen, abschneiden, abschicken

ANMELDUNG Ja, ich komme am Donnerstag, 23. Februar 2012 an den Fondueabend.

Name: _____ Käsefondue (Anzahl)

Vorname: _____ Vegi-Menu (Anzahl)

Ich bin an einem Fahrdienst interessiert und möchte abgeholt werden (bitte ankreuzen)

Anmeldungen bis Mittwoch, 22. Februar
an Bernhard Antener, Fansrütistr. 19, 3550 Langnau oder bernhard@anteners.ch

Frühjahr 1918

Politik im Zeichen der Not

Anfang März 1918 schneite es ununterbrochen, es war eisig kalt. Das Emmentaler Blatt meldete, der Betrieb auf der Strecke zwischen Goppenstein und Brig müsse eingestellt werden, der Schnee liege zwei Meter hoch auf den Geleisen, und der Thunersee sei zwischen Neuhaus und Därligen mit einer Eisschicht bedeckt. Es war Krieg. Am 1. März wurde das Fett rationiert, später auch das Brot, den Milchpreis erhöhte man auf einen Schlag von 42 auf 50 Rappen. Es fehlte an Petrol, die Kohlenlieferungen aus Deutschland, Grundlage für die Gasproduktion, wurden seltener. In Langnau wurden Wehrmänner mit ihren Familien notunterstützt, das Taggeld in der Höhe von drei bis fünf Franken war ein Hungerlohn. Die Suppenanstalt versorgte arme Kinder mit einer einigermaßen genügenden Mittagsverpflegung. Da Mangel herrschte an den gebräuchlichen Suppeneinlagen (Reis, Erbsen, Bohnen und Hafer), wurden vor allem Kartoffeln verwendet.

Was findet man in den Protokollen der Sozialdemokratischen Mitgliedschaft und der Arbeiterunion Langnau zu diesen Themen? Wenig. Am 1. April verwies Alfred Flühmann auf neue amtliche Verordnungen

zur Kartoffelversorgung, Arthur Aeschbacher referierte über Pflanzlandversorgung und Rudolf Krebs orientierte, dass sich der Gemeinderat Langnau mit der Brennholzversorgung befasse. Das war schon alles. Hauptthema zu diesem Zeitpunkt war die Grossratswahl vom 28. April. Es war die erste nach der Gründung der beiden Arbeiterorganisationen in Langnau, es war unbestritten, dass man sich an dieser letzten Majorzwahl im Kreis Langnau beteiligte.

Emil Ryser

Der 1879 geborene Magazinchef im Konsum war der Wunschkandidat der Linken. Hatte er nicht am 11. Dezember 1915, damals noch als Mitglied des Grütlivereins, den Notar Paul Egger in einer Kampfwahl um einen Primarschulkommissionssitz, Wahlbehörde war die Einwohnerversammlung, mit 58 : 44 Stimmen geschlagen? Er galt somit als einer, der Erfolg versprach. Doch er lehnte ab, das war eine böse Enttäuschung. Das Wahlkomitee, das aus drei Mitgliedern der Sozialdemokraten bestand, teilte der Arbeiterunion darum schriftlich mit, der «Genosse Ryser wolle aus mehr oder weniger stichhal-

tigen Gründen von einer Kandidatur nichts wissen.» Diese waren wohl beruflicher Art, denn eine Zweierdelegation hatte noch den Konsumverwalter aufgesucht um die Angelegenheit zu diskutieren.

Arthur Aeschbacher

In der ersten Hälfte April folgten die Versammlungen der Arbeiterunion, sie war für die Kandidatur letzten Endes zuständig, Schlag auf Schlag. Man beschäftigte sich ausschliesslich mit der Problemlösung. Am 14. April war sogar der kantonale Parteisekretär Eugen Münch anwesend, der über «die Bedeutung der Grossratswahlen für die Arbeiterschaft Aufklärung gibt.» Zwei Wochen (!) vor den Wahlen wurde schliesslich der Lokomotivführer Arthur Aeschbacher zum Grossratskandidaten befördert. Er war chancenlos: Gewählt wurden die vier Bisherigen, Albert Berger, Kaufmann in Langnau (1138 Stimmen) und die Landwirte Christian Gerber (1077), Fritz Siegenthaler (1075) und Daniel Fankhauser (1032), alle Mitglieder der Freisinnigen Partei. Für Arthur Aeschbacher entschieden sich 419 Wähler, immerhin, denn der Majorz kennt bekanntlich kein Kumulieren.

Martin Jäggi

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN
BETTENHAUS
Lehmann
ALLESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN
BETTEN SCHRÄNKE
VORHÄNGE BODENBELÄGE

**Selbst eine schwere Tür
hat nur einen kleinen Schlüssel nötig.**
(Charles Dickens)
Abrakadabra Treuhand
RENATO GIACOMETTI
Treuhand mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abrakadabra-treuhand.ch

**Ihr Inserat im
links i.E.**
Auflage: 1200 Ex., erscheint vierteljährlich
z.B.: 60 x 41 mm
1x: Fr. 60.–
2x: Fr. 100.–
3x: Fr. 130.–
4x: Fr. 160.–

Fennella
www.gp-solar.ch
**Heizung • Sanitär • Energie
Steuer-, Leit- und Regeltechnik**
G. Pennella
Thunstrasse 2, CH-3532 Zäziwil / Bowil
Tel. 031 711 28 02, Natel 079 444 73 17, info@gp-solar.ch
PAT. CH 690 308
GP-Solar

malerei
Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

Schürch Massivmöbel
3550 Langnau, Tel. 034 402 20 37, Fax 034 402 31 17
www.martin-schuerch.ch mail@martin-schuerch.ch
Massivmöbel
aus eigener Werkstatt
AURO
NATURFARBEN
Regionallager

GASTHAUS BÄREGGHÖHE



Echte Essgenüsse aus der Saisonküche ●
Ausflüge und Ferien in toller Landschaft ●
Farbige Konzerte in stilvoller Ambiance ●
Marianne Kühni & Thomas Linder & Team ●
034 495 70 00 | www.baeregghoehe.ch ●

WALTER SCHMOCKER WEINE
VINOTHEK
KIRCHGASSE 9, 3550 LANGNAU IM EMMENTAL
TEL. 034 402 36 40 FAX 034 420 56 21
FREITAG 17-21 UHR, SAMSTAG 10-12/13.30-16 UHR

**Gewerkschaft
und Arbeitslosenkasse
in deiner Nähe**
Unia Region Oberaargau-Emmental:
Mühleggässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch
**Gemeinsam
erreichen wir mehr.**
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

www.neuesicht.ch
Coaching, Supervision, Teamentwicklung, Organisationsberatung
Die gezielte Beratung im beruflichen oder persönlichen Umfeld
für Einzelpersonen, Gruppen, Institutionen.
Mediation
die professionelle Vermittlung in Konfliktsituationen
Ich freue mich auf Ihre Anfrage
Christina Schilt-Rutishauser
Lenggenweg 40, CH-3550 Langnau +41 79 796 66 70
c.schilt@gmx.ch

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener Fansrütistrasse 19 3550 Langnau Tel. 034 402 22 68 bernhard@anteners.ch Gemeindepräsident/Grossrat	Verena Gertsch Oberstrasse 54 3550 Langnau Tel. 034 402 51 93 verena.gertsch@bluewin.ch Öffentliche Sicherheit/Verkehr	Renate Strahm Mooseggstrasse 8 3550 Langnau 034 402 52 91 renate.strahm@gmx.ch Bildung
--	---	---

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon Mail

Renato Giacometti	Schulkommission	034 402 32 61	mail@abrakadabra-treuhand.ch
Hannes Kobel	Fraktionsleit., Planungskomm.	034 402 75 87	quattroko@vtxmail.ch
Susanne Kölbl	Finanzkommission	034 402 73 00	susanne.koelbli@dorfberg.ch
Janosch Lehmann			
Daniel Liniger	GPK, Planungskomm.	034 402 52 17	daniel.liniger@bkw-fmb.ch
Kimet Rashiti		034 402 62 13	info@rashiti.ch
Nazim Rexhepi		034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	GPK, Vorstand	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Martin Jäggi	PR/Kommunikation	034 402 62 16	jaeggi.martin@gmx.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wüthrich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch www.bern.unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-------------------------------------

Impressum

links i.E.

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.

Auflage: 1200 Ex.

Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Marcel Schneider,
Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung: PUBLIFORM

Hanspeter Buholzer

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ANLÄSSE

Do 23. Feb.	HV SP Langnau, anschl. Fondue-Essen mit Hans Stöckli
Sa 3. März	Fasnacht i.E.
So 11. März	Abstimmungen
Di 13. März	Fraktionssitzung
Mo 19. März	GGR
Mo 19. März	Parteitag SP Regionalverband Emmental
Do 19. April	Vorstand SP Langnau
Sa 5. Mai	evtl. Sektionsversammlung mit SP Bern-Nord
Sa 5. Mai	HV SP Frauen Kanton Bern

WIR GRATULIEREN

16. März	Antener-Hofer Fritz (79)
29. März	Steiner Elisabeth (78)
18. April	Pauli Hans (89)
28. Mai	Steiner Wilhelm (78)

Unser herzlicher Glückwunsch gilt allen Jubilarinnen und Jubilaren,
sowie gute Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Vorstand SP Langnau

SP